

## **Erster Entwurf der Sozialpolitischen Leitlinien der Partei DIE LINKE.**

### **Sachsen**

*Erarbeitet durch: MdB Katja Kipping, Stellv. Parteivorsitzende & Dietmar Pellmann,  
Sozialpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag*

---

#### **1. Für soziale Gerechtigkeit in Sachsen**

*Individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit für jede und jeden durch sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens und Solidarität – das gilt uns als erste Leitidee einer solidarischen Gesellschaft.*

(Aus dem Parteiprogramm der LINKEN)

\* \* \*

Vor dem Hintergrund anhaltender internationaler krisenhafter Verwerfungen auf dem Gebiet von Wirtschaft und Finanzwesen haben die Auseinandersetzungen um die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums eine neue Dimension erreicht. Das grundgesetzlich verankerte Sozialstaatsprinzip wird immer mehr ausgehöhlt, weil bisherige soziale Standards geopfert werden und sich unser Gemeinwesen weiter vom Anspruch sozialer Gerechtigkeit entfernt hat. Die Schere zwischen arm und reich geht weiter auseinander und betrifft alle Generationen. Dieser Prozess der Umverteilung von unten nach oben wurde insbesondere durch Hartz IV, durch zunehmende Privatisierung sozialer Daseinsvorsorge, durch zusätzliche Belastungen für gesetzlich Kranken- und Pflegeversicherte, durch die Ausweitung des Niedriglohnsektors, durch die Absenkung des realen Rentenniveaus sowie durch weitere so genannte Sozialreformen von den Regierenden auf Bundes- und Landesebene bewusst beschleunigt und zu einem sozialpolitischen Paradigmenwechsel getrieben.

Die schwarz-gelben Regierungskoalitionen in Bund und Land bieten keinerlei tragfähige Lösungen. So haben sie keine schlüssigen Antworten auf solch brennende Herausforderungen wie den demografischen Wandels, die Garantie von Teilhabemöglichkeiten für alle, die Bewahrung und Stärkung der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme, die Abwendung von Armutsrisiken, die Gewährleistung eines würdevollen Lebens im Alter und eines guten Starts ins Leben für Kinder und Jugendliche oder die Herstellung von wirklicher Geschlechtergerechtigkeit.

Dem setzt DIE LINKE sozialpolitische Alternativen entgegen. Unser Herangehen im Sinne des Leitbildes vom demokratischen Sozialstaat muss dabei darin bestehen, noch vorhandene soziale Standards zu verteidigen, darüber hinaus jedoch für solche Reformen einzutreten, die unter veränderten Bedingungen ein größeres Maß an sozialer Gerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle erreichen.

36 Die besondere Verantwortung der sächsischen LINKEN erwächst nicht zuletzt daraus, dass  
37 Ostdeutschland und vor allem Sachsen zum bundesweiten Experimentierfeld sozialer  
38 Veränderungen geworden ist. Bisher war dies mit Nachteilen für die hiesige Bevölkerung  
39 verbunden. Das muss aber nicht ewig so bleiben. Schließlich kommen, da die ganz  
40 Deutschland betreffenden Herausforderungen des demografischen Wandels, des ökologischen  
41 und wirtschaftlichen Umbaus und der notwendigen sozialpolitischen Antworten früher auf  
42 Sachsen zu. Die damit verbundenen Chancen für neue Lösungswege zu nutzen, ist der  
43 amtierenden schwarz-gelben Regierung in keiner Weise zuzutrauen. Und genau das eröffnet  
44 der sächsischen LINKEN Gestaltungsspielräume, die kreativ genutzt werden müssen.

45  
46 Für das Profil der LINKEN haben sozialpolitische Angebote einen besonders hohen  
47 Stellenwert, wie alle relevanten Umfragen seit Jahren bestätigen. Deshalb wird DIE LINKE  
48 auch künftig bestrebt sein, an Erfahrungen der Menschen in Sachsen anzuknüpfen und  
49 erworbene Vertrauenspositionen auszubauen. Zu beachten ist allerdings, dass die  
50 entscheidenden Rahmenbedingungen für sozialpolitisches Wirken auf Bundesebene gesetzt  
51 werden. Notwendige Veränderungen lassen sich daher nur eingeschränkt auf Landesebene  
52 realisieren. Dennoch schöpft die gegenwärtige Landesregierung die Möglichkeiten  
53 keineswegs aus, sondern versteht sich als unkritische Wegbegleiterin der Bundesregierung.  
54 Diese Politik hat wesentlich dazu beigetragen, dass Sachsen eben nicht das Musterland guter  
55 sozialer Standards ist, sondern weit hinter den westdeutschen Bundesländern zurückbleibt und  
56 selbst im Vergleich mit den ostdeutschen Ländern bestenfalls Mittelmaß ist.

57  
58  
59

## 60 **2. Zur sozialen Situation in Sachsen**

61  
62 **Sachsen gehört in entscheidenden Bereichen zu den Bundesländern mit den niedrigsten**  
63 **sozialen Standards und ist so bestenfalls Mittelmaß**

64 Anspruch und Wirklichkeit, erfolgreichstes neues Bundesland sein zu wollen, klaffen für  
65 Sachsen weit auseinander. Sachsen hatte 1990 vergleichsweise günstigere Voraussetzungen  
66 als die anderen neuen Bundesländer. Diese wurden seither jedoch durch die von der CDU  
67 dominierte Regierungspolitik nicht nur nicht ausreichend genutzt, sondern weitgehend  
68 verspielt. Seit mindestens zehn Jahren stagniert der Annäherungsprozess an das Lebensniveau  
69 der alten Bundesländer; bei den Arbeitseinkommen geht die Schere zu Ungunsten Sachsens  
70 sogar wieder auseinander. In der Summe sozialer Standards der neuen Bundesländer ist  
71 Sachsen inzwischen hinter Thüringen und Brandenburg zurückgefallen; der einst  
72 beträchtliche Vorsprung zu Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern hat sich  
73 verringert. Die Ursachen für diesen Abstieg sind komplex. Herauszuheben sind jedoch solche  
74 Gründe wie massive Haushaltskürzungen im Sozialbereich trotz relativ günstiger finanzieller  
75 Gesamtlage sowie vorrangige Förderung des Niedriglohnssektors als angeblicher  
76 Standortvorteil. So ist Sachsen heute das Bundesland mit der höchsten Quote von Hartz-IV-  
77 Aufstockenden, der längsten Dauer von Erwerbsarbeitslosigkeit, mit dem niedrigsten  
78 Betreuungsanteil der 0 bis 3-Jährigen in Kindertageseinrichtungen der neuen Bundesländer,

79 mit dem höchsten Anteil an Schülerinnen und Schülern in Förderschulen und mit den  
80 niedrigsten Eingliederungssätzen für behinderte Menschen in ganz Deutschland.

81

82 **Der Anteil von Armut betroffener Menschen hat in Sachsen zugenommen und wächst**  
83 **weiter, wenn nicht endlich politisch gegengesteuert wird**

84 Im Freistaat liegt die Armutsquote bei einem Fünftel der Gesamtbevölkerung und damit  
85 beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt. Lediglich in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-  
86 Vorpommern ist sie höher. Hauptursache für wachsende Verarmung ist Hartz IV. Mehr als  
87 ein Viertel der sächsischen Kinder sind von Armut betroffen, was deren Perspektive von  
88 vornherein belastet und die Gefahr der Reproduktion von Armut und sozialer Ausgrenzung  
89 verschärft. Das gilt vor allem für Alleinerziehende, deren Armutsquote in Sachsen bei über 40  
90 Prozent liegt. Gegenwärtig sind ältere Menschen im Durchschnitt noch weniger von Armut  
91 betroffen. Angesichts unterbrochener Erwerbsbiografien, niedriger Löhne und Absenkung des  
92 Rentenniveaus wird Altersarmut jedoch alsbald zur Massenerscheinung werden. Weder auf  
93 Bundes- noch auf Landesebene haben die Regierungen bisher ein Armutsvermeidungskonzept  
94 vorgelegt. Mehr noch: Die regierungsoffiziellen Verteilungspraktiken erweisen sich vielmehr  
95 als Armut beschleunigend.

96

97 **Ostdeutschland und vor allem Sachsen bleiben Experimentierfeld für Sozialabbau in**  
98 **ganz Deutschland**

99 Vor dem Hintergrund der gegenwärtig vorherrschenden Regierungspolitik ist nicht absehbar,  
100 ob und wann es überhaupt zu einer Angleichung der Lebensbedingungen Sachsens an das  
101 Niveau der alten Bundesländer kommt. Obwohl sowohl die Lohn- als auch die  
102 Alterseinkünfte im Freistaat nach wie vor um mehr als ein Fünftel unter denen  
103 Westdeutschlands liegen, haben sich die Lebenshaltungskosten weitgehend angeglichen.  
104 Anstatt diese beträchtlichen Unterschiede schrittweise abzubauen, werden sie bewusst  
105 genutzt, um Druck auch auf die sozialen Standards in den alten Bundesländern auszuüben. So  
106 scheidet die Einführung eines flächendeckenden, armutsfesten gesetzlichen Mindestlohnes  
107 nicht zuletzt an der strikten Verweigerungshaltung der sächsischen Staatsregierung. Selbst  
108 gegen die überfällige Rentenangleichung Ost an West nimmt Sachsens Regierung eine  
109 abwartende, ja ablehnende Haltung ein. Anstatt vorhandene Mittel für eigene  
110 Beschäftigungsprogramme einzusetzen, werden sogar entsprechende Bundesprogramme, so  
111 unvollkommen sie sein mögen, insbesondere bei der Schaffung von Arbeitsplätzen für  
112 Langzeiterwerbslose, torpediert.

113

114 **Der Freistaat wälzt die Verantwortung für soziale Daseinsvorsorge auf die Kommunen**  
115 **ab und verschärft so deren Notlage**

116 Die sächsische Staatsregierung und die sie tragende schwarz-gelbe Koalition geben sich gern  
117 als Kämpfer für mehr Bürgernähe und kommunale Selbstverwaltung und übertragen immer  
118 mehr eigentliche Landesaufgaben auf die Landkreise und kreisfreien Städte. Selbst der  
119 überörtliche Sozialhilfeträger, in den meisten Bundesländern eine Landesbehörde, fungiert in  
120 Sachsen als Kommunaler Sozialverband und wird überwiegend durch Zwangsumlage von den  
121 Landkreisen und kreisfreien Städten finanziert. Allerdings führt die mit diesem Anspruch  
122 einhergehende politische Praxis letztlich zu erheblichen Einschränkungen der kommunalen

123 Selbstverwaltung. Denn die zusätzlichen Aufgaben, denen man sich vor Ort nicht entziehen  
124 kann, weil es sich um gesetzliche Pflichtaufgaben handelt, sind meist nicht mit den  
125 notwendigen finanziellen Ausgleichszahlungen an die Kommunen verbunden. Während der  
126 Landeshaushalt dadurch erheblich entlastet wird und sich Sachsen so als das Bundesland mit  
127 besonders niedrigen Schulden feiert, nimmt die finanzielle Schieflage der kommunalen  
128 Haushalte ein immer bedrohlicheres Ausmaß an. So hat Sachsen unter den neuen  
129 Bundesländern den mit Abstand niedrigsten Anteil von Sozialausgaben am Landeshaushalt.  
130 Deshalb sind die Kommunen immer weniger in der Lage, selbstbestimmt sozialpolitisch zu  
131 agieren. Sie haben immer weniger Möglichkeiten, so genannte freiwillige soziale Leistungen  
132 zu gewähren. Darüber hinaus nehmen die Unterschiede in der finanziellen Belastung  
133 zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten zu. Seit langem ist daher ein von den  
134 LINKEN geforderter mit Landesmitteln finanzierter Soziallastenausgleich notwendig, um  
135 sachsenweit gleiche Lebensbedingungen zu schaffen.

### 136 137 **Sachsen hat sich zum Musterland der Privatisierung sozialer Daseinsvorsorge** 138 **entwickelt**

139 Soziale Daseinsvorsorge, eigentlich eine Verantwortung der öffentlichen Hand, wird gerade  
140 in Sachsen immer mehr privatisiert und damit den Spielregeln des Marktes unterworfen. In  
141 nur zwei Jahrzehnten hat Sachsen hinsichtlich des Anteils privater Träger alle alten  
142 Bundesländer überholt und nimmt diesbezüglich auch in Ostdeutschland eine traurige  
143 Spitzenstellung ein. Das betrifft Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen sowie den  
144 Bereich der stationären und ambulanten Betreuung älterer und behinderter Menschen. Beim  
145 Anteil von Privatschulen nimmt Sachsen inzwischen mit weitem Abstand den Spitzenplatz in  
146 Deutschland ein. DIE LINKE unterscheidet sehr wohl zwischen privaten Eliteschulen und  
147 freien Schulen, die Vorreiter für alternative pädagogische Konzepte im Sinne der Förderung  
148 der kritischen Urteilskraft und in der Integration von Kindern und Jugendlichen mit  
149 Beeinträchtigungen sind.

150 Selbst anerkannte Wohlfahrtsverbände haben gegenüber Privaten an Einfluss verloren. Die  
151 sächsische Staatsregierung hat diesen beschleunigten Privatisierungsprozess nicht nur dem  
152 Selbstlauf überlassen, sondern beschleunigt und finanziell gefördert.

153

154

155

### 156 **3. Sozialpolitische Grundsätze der sächsischen LINKEN**

157

#### 158 **Als Identität stiftenden Grundsatz steht die sächsische LINKE für mehr soziale** 159 **Gerechtigkeit**

160 Wirkliche soziale Sicherheit und die für wirkliche Demokratie notwendige gesellschaftliche  
161 Teilhabe aller kann es nur geben, wenn unser Gemeinwesen die individuelle Freiheit und freie  
162 Entfaltung einer jeden Persönlichkeit mit Gleichberechtigung und Solidarität verbindet. Bei  
163 diesem Grundsatz geht es für DIE LINKE sowohl um Fernziele, das Ringen um  
164 Reformalternativen als auch um das Eintreten für mehr soziale Gerechtigkeit im Alltag. Für  
165 DIE LINKE umfasst soziale Gerechtigkeit Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit. Der  
166 Begriff soziale Gerechtigkeit bildet die Klammer, die solche relativ subjektiven Faktoren wie

167 Wünsche und Hoffnungen, Interessen und Bedürfnisse sowie Visionen umschließt. Dabei  
168 stoßen diese Faktoren immer wieder an Grenzen der bestehenden gesellschaftlichen  
169 Verhältnisse. DIE LINKE setzt im demokratischen Ringen um Mehrheiten sowohl auf  
170 außerparlamentarische Initiativen und Bewegungen als auch auf die ihr zu Gebote stehenden  
171 parlamentarischen Möglichkeiten. Sie ist dabei nur zu Kompromissen bereit, wenn ihre  
172 sozialpolitischen Grundwerte erkennbar bleiben. Es besteht die Bereitschaft, mit all denen  
173 außerparlamentarisch und parlamentarisch zusammen zu arbeiten, die ähnliche Interessen und  
174 Teilprojekte verfolgen. In solchen sozialen Netzwerken vertritt DIE LINKE keinerlei  
175 Führungsanspruch, sehr wohl aber eigenständige Positionen.

176

### 177 **Die sächsische LINKE verfolgt einen ganzheitlichen sozialpolitischen Ansatz**

178 Ihr geht es um solche Rahmenbedingungen, die allen in Sachsen wohnenden Menschen eine  
179 selbst bestimmte Lebensgestaltung ermöglichen. Wir verstehen das Soziale nicht als  
180 Lückenbüßer verfehlter Wirtschafts-, Arbeits-, Infrastruktur- und Bildungspolitik. Wir lehnen  
181 eine einseitige Sicht auf Menschen als soziale Versorgungsfälle ab. Eine am demokratischen  
182 Sozialstaat orientierte Sozialpolitik versteht sich als Gesellschaft gestaltender und  
183 verschiedene gesellschaftliche Bereiche übergreifender Politikansatz. Beim Einsatz mit und  
184 für Personengruppen in besonders schwierigen Lebenslagen gilt in erster Linie das Prinzip  
185 Hilfe zur Selbsthilfe. Gerade deshalb stehen wir an der Seite der vielen Verbände, Vereine  
186 und Selbsthilfegruppen, weil sie eine unverzichtbare Basis für bürgerschaftliches Engagement  
187 bilden und Ausdruck aktiver demokratischer Mitwirkung sind. In Sachsen wurden die  
188 Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement u.a. durch massive  
189 Haushaltskürzungen weiter eingeeengt. Zugleich werden wir nicht akzeptieren, wenn das  
190 freiwillige Engagement der Menschen bewusst als Ersatz für von der öffentlichen Hand zu  
191 finanzierende Sozialleistungen geplant wird. Wir setzen uns für eine Vielfalt in der  
192 sächsischen Vereins- und Trägerlandschaft ein, was eine angemessene öffentliche finanzielle  
193 Förderung einschließt.

194

### 195 **Die sächsische LINKE betrachtet den demografischen Wandel als Herausforderung und** 196 **Chance**

197 Sachsen muss sich früher als alle anderen Bundesländer auf den demografischen Wandel  
198 einstellen, weil der Freistaat schon heute sowohl die Bevölkerung mit dem höchsten  
199 Altersdurchschnitt als auch den höchsten Anteil von Menschen im Alter von über 65 Jahren  
200 hat. Da wegen der Massenabwanderung von jungen Menschen, vor allem aus dem ländlichen  
201 Raum und in der Mehrheit junger Frauen, ein weiteres Absinken der Einwohnerzahl eintreten  
202 wird, aber zugleich der Anteil von Menschen im Rentenalter eher noch zunimmt, tritt DIE  
203 LINKE dafür ein, sich endlich kreativ auf diese Veränderungen einzustellen. Das bedeutet  
204 zunächst, Berufseinsteigenden eine sichere berufliche Perspektive im Freistaat zu geben, um  
205 die weitere Abwanderung zu stoppen. Das verlangt aber zugleich neue Überlegungen bei der  
206 Gestaltung der sozialen Infrastruktur, insbesondere zur Sicherstellung der Betreuung älterer  
207 Menschen in allen sächsischen Regionen. Anstatt, wie bisher Haushaltsmittel im  
208 Sozialbereich zu kürzen, muss es sogar eine Aufstockung durch Umverteilung im  
209 Landeshaushalt geben.

210

211 **Für die sächsische LINKE besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen**  
212 **ökologischem und sozialem Wandel**

213 Inzwischen wird kaum noch ernsthaft bestritten, dass wir auf den bereits in Gang  
214 gekommenen Klimawandel offensiv reagieren müssen. Es ist schon viel zu viel Zeit  
215 ungenutzt verstrichen. Im globalen Maßstab sind gerade die Länder von Dürre und  
216 Überschwemmungen betroffen, die am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben. Und  
217 innerhalb eines Landes sind es ebenfalls die Ärmere, die besonders unter den Folgen des  
218 Klimawandels und der Umweltzerstörung leiden, denn wer kein Geld hat, dem fehlen die  
219 Mittel für die „Flucht“ ins Grüne und für eine gesunde Ernährung. Dem bleibt oft keine Wahl  
220 als das Wohnen an lauten Straßen oder in Vierteln mit gesundheitsschädlichen  
221 Feinstaubkonzentrationen. Insofern ist Umwelt- und Klimaschutz zutiefst eine Frage der  
222 sozialen und der globalen Gerechtigkeit.

223 Dennoch muss die ökologische Umgestaltung im Einklang mit sozialer Verträglichkeit  
224 erfolgen. So wird DIE LINKE nicht hinnehmen, wenn die notwendigen Kosten vor allem von  
225 jenen aufzubringen sind, die am wenigsten zur Umweltbelastung beigetragen haben oder sich  
226 nur jene ausreichend gesund ernähren können, die dazu finanziell in der Lage sind. Daher  
227 fordern wir generell eine radikale Umverteilung von oben nach unten und diskutieren zum  
228 Beispiel verschiedene Formen einer unbürokratischen und stigmatisierungsfreien Sicherung  
229 des Grundbedarfes bei Energie oder der Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs.

230

231 **Die sächsische LINKE setzt sich für wirkliche Reformen der sozialen**  
232 **Versicherungssysteme ein**

233 Obwohl über die Perspektive der sozialen Versicherungssysteme vor allem auf Bundesebene  
234 entschieden wird, haben die Länder hierbei ein Initiativ- und Mitspracherecht. Gemeinsam  
235 mit sozialen Bewegungen, Sozialverbänden und Gewerkschaften wird die sächsische LINKE  
236 Widerstand gegen eine weitere Aushöhlung der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Renten-,  
237 aber auch der Arbeitslosenversicherung leisten. Abzuwehren sind alle Bestrebungen, die  
238 gesetzlichen Sozialversicherungssysteme zunächst durch private Versicherungen nach dem  
239 Kapitaldeckungsprinzip zu ergänzen, um sie schließlich gänzlich zu überwinden. Erhalt- und  
240 Stärkung der gesetzlichen Sozialversicherungen heißt für uns deren stete Weiterentwicklung.  
241 Deshalb setzen wir uns in der Kranken- und Pflegeversicherung für die Einführung einer  
242 solidarischen Bürgerversicherung ein. Bei der Rente plädieren wir für den Übergang zu einer  
243 solidarischen Rentenversicherung, in die alle, also auch Beamte, Abgeordnete und  
244 Freiberufler, einzahlen, wobei die Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen ist. Zum Schutz  
245 vor Altersarmut ist eine solidarische Mindestrente im Rahmen der gesetzlichen  
246 Rentenversicherung einzuführen. Sofort ist zu sichern, dass für Arbeitslosengeld-II-  
247 Beziehende wieder Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen sind.

248 Die Arbeitslosenversicherung soll zu einer Erwerbslosenversicherung ausgebaut werden, die  
249 eine Lebensstandardsicherung und den Schutz vor Armut garantiert und so die  
250 gesellschaftliche Teilhabe auch in Zeiten ohne Erwerbsarbeit ermöglicht. Sperrzeiten sind  
251 sofort abzuschaffen, weil sie eine Enteignung der Betroffenen hinsichtlich ihrer erworbenen  
252 Versicherungsansprüche darstellen. Organisierte Erwerbslose sind in die Selbstverwaltung der  
253 Erwerbslosenversicherung einzubeziehen. Unbedingt gestoppt werden muss der weitere

254 Ausstieg der sogenannten Arbeitgeber aus der paritätischen Einzahlung in die  
255 Sozialversicherungssysteme.

256 Eine Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme schließt für DIE LINKE ein, allen  
257 Menschen ein Leben frei von Not und Armut zu ermöglichen, gegen gesellschaftliche Risiken  
258 abgesichert zu sein, eine ausreichende materielle Basis für Phasen der Erwerbslosigkeit zu  
259 garantieren, Ansprüche gegenüber der Gesellschaft auf Grund von Erziehungs- und  
260 Pflegezeiten zu gewährleisten sowie Kinder und Jugendliche endlich als selbständige  
261 Personen anzuerkennen und ihnen eine eigene Grundsicherung zu gewähren.

262

263 **Für die sächsische LINKE bleibt die Landesverantwortung für soziale Daseinsvorsorge**  
264 **unverzichtbar**

265 Schluss sein muss mit dem Kurs der amtierenden Staatsregierung, sich immer weiter aus der  
266 Verantwortung für soziale Daseinsvorsorge zu verabschieden und deshalb auch immer  
267 weniger Mittel dafür bereit zu stellen. Stattdessen muss eine angemessene Zahl von Sozial-,  
268 Kinder- und Gesundheitseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft geführt werden. Das  
269 schließt teilweise eine Rekommunalisierung ein. Wir sind für das Subsidiaritätsprinzip, wenn  
270 dadurch mehr Menschen demokratisch mitwirken und entscheiden können. Dieses Prinzip  
271 darf aber nicht in erster Linie aus fiskalischen Gründen zur Anwendung kommen oder gar zur  
272 Absenkung sozialer Standards führen. Zugleich treten wir für eine breite Vielfalt freier Träger  
273 ein und wenden uns deshalb gegen eine fortschreitende Konzentration von sozialen  
274 Einrichtungen bei großen Verbänden. Da der Privatsektor bei sozialen Einrichtungen in  
275 Sachsen bereits stark ausgeprägt ist, lehnen wir weitere Privatisierungen strikt ab, zumal  
276 privat betriebene Einrichtungen sozialer Daseinsvorsorge stets mit dem Erlangen eines  
277 möglichst hohen Profits verbunden sind. In vielen Fällen wird dies vor allem mit der Zahlung  
278 von Löhnen an die dort Beschäftigten weit unter dem üblichen Tarif erkaufte. Da  
279 Privatbetreiber im Unterschied zu öffentlichen und frei-gemeinnützigen Trägern nicht  
280 verpflichtet sind, Überschüsse zu reinvestieren, werden den Sozialsystemen so auf Dauer  
281 Mittel entzogen.

282 DIE LINKE setzt sich für die Stärkung der Rechte der Verbraucherinnen und der Verbraucher  
283 ein. In den Bereichen der Daseinsvorsorge, die marktförmig organisiert sind, wollen wir die  
284 Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern stärken, um so ihre Position gegenüber  
285 regional und global handelnden Unternehmen zu verbessern: in erster Linie handelt es sich  
286 dabei um Informationsrechte der Verbraucherinnen und -pflichten der Unternehmen und die  
287 öffentliche Aufgabe, die Einhaltung von Grenzwerten und Transparenz zu kontrollieren.

288 Die thematische Spanne reicht vom Wohnungsmarkt, von der Landwirtschaft zur  
289 Lebensmittelproduktion, von Finanzmarktprodukten über den Energiemarkt, Gastronomie,  
290 Pflegebereich bis hin zum Gesundheitssektor und Transportwesen und muss prinzipiell da  
291 gestärkt werden, wo es gilt Menschen in die Lage zu versetzen, informierte und  
292 verantwortliche Entscheidungen für sich und die Gemeinschaft zu treffen. Durch ihre  
293 bewusste Entscheidung z.B. für hygienische Qualität, für sozial und regional produzierte  
294 Produkte können Verbraucher die in den Feldern wirkenden Mechanismen verändern.

295

296

297

#### 298 4. Für Veränderungen in wichtigen Lebensbereichen

299

##### 300 **Hartz IV muss überwunden werden**

301 Trotz zwischenzeitlichen wirtschaftlichen Aufschwungs und trotz anhaltenden Rückgangs der  
302 Bevölkerung verharrt die Zahl der unmittelbar von Hartz IV Betroffenen in Sachsen bei einer  
303 halben Million mit verheerenden Folgen bis hin zu späteren Rentenansprüchen. Hartz IV hat  
304 sich gerade in Sachsen als gewolltes Druckmittel auf das gesamte Lohngefüge erwiesen und  
305 zudem durch eine anhaltende Stagnation der Kaufkraft auch negative Auswirkungen  
306 insbesondere auf kleine und mittlere Unternehmen. Sanktionen, die das ohnehin zu niedrige  
307 Arbeitslosengeld II kürzen oder ganz entziehen, führen zu existenzieller Not. Das Konstrukt  
308 „Bedarfsgemeinschaft“ verschärft die ökonomischen Abhängigkeiten in Partnerschaften und  
309 gefährdet die existenzielle Absicherung von Partnern und Kindern.

310 Dieser Teufelskreis kann nur durchbrochen werden, wenn es endlich zu einem von den  
311 LINKEN geforderten komplexen Wandel kommt. Dazu gehören die Schaffung Existenz  
312 sichernde Arbeitsplätze statt Ausweitung des Sektors von Mini- und Midijobs, die  
313 Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit durch konsequente Verkürzung der Arbeitszeit,  
314 statt Bestrebungen zu deren Verlängerung, die Einhaltung des Grundsatzes „Gleicher Lohn  
315 für gleiche Arbeit“, statt Frauen oder Leiharbeitende zu benachteiligen, die Einführung eines  
316 flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes von 10 Euro pro Stunde, statt Festhalten an  
317 Hungerlöhnen sowie die Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur an Unternehmen, die  
318 armutsfeste Mindestlöhne zahlen, statt Entscheidung für den billigsten Anbieter, verbunden  
319 mit der Zahlung von ergänzenden Sozialleistungen für Aufstockende. Unbedingt zu  
320 überwinden ist die Mehrklassengesellschaft bei Erwerbslosen. Die stigmatisierende  
321 Grundsicherung für Arbeitssuchende, besser bekannt als Hartz IV oder ALG II, ist durch eine  
322 sanktionsfreie Mindestsicherung, die vor Armut schützt, zu ersetzen. Ein erster Schritt dazu  
323 ist die sofortige Anhebung des Regelsatzes auf derzeit mindestens 500 Euro sowie die  
324 Abschaffung der Sanktionen, denn die gesetzlich garantierte Gewährung eines  
325 soziokulturellen Existenzminimums darf nicht durch Sanktionen ausgehebelt werden.

326

327 Abstimmungsalternative A: keine Aussage zum BGE

328

329 Abstimmungsalternative B: Viele von uns sehen in einem bedingungslosen Grundeinkommen  
330 für alle eine grund- und bürgerrechtskonforme Alternative zu Hartz IV, weil sie jegliche  
331 Diskriminierung und Stigmatisierung der Transferbeziehenden und damit auch verdeckte Armut  
332 überwindet und den Datenschutz am besten sichert. Die weitere Arbeit an realisierbaren  
333 Konzepten für ein bedingungsloses Grundeinkommen und die Teilhabe an der breiten  
334 gesellschaftlichen Debatte darüber bildet für DIE LINKE Sachsen einen über die  
335 gegenwärtigen Verhältnisse hinausreichenden Ansatz gesellschaftlicher Veränderung

336

337 Anstatt Menschen in fragwürdige, nicht sozialversicherte Ein-Euro-Jobs zu zwingen, setzt  
338 DIE LINKE auf sozialversicherungspflichtige, mindestens nach Mindestlohn vergütete  
339 Formen der öffentlichen Beschäftigung. Es geht dabei darum, gesellschaftlich notwendige  
340 Arbeit auf der Grundlage von Tarifverträgen anzubieten. Linke Arbeitsmarktpolitik

341 ermöglicht darüber hinaus eine selbstbestimmte und solidarische Arbeitszeitflexibilisierung,  
342 die zugleich Erwerbssuchenden den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht.

343

#### 344 **Wohnen als soziale Herausforderung**

345 Die Situation bei Wohnraum hat sich in Sachsen seit Mitte der 1990er Jahre geändert. Gab es  
346 bis dahin Wohnraummangel, haben wir es inzwischen mit beträchtlichem Leerstand zu tun.  
347 Hauptursache dafür ist der Bevölkerungsrückgang von über 800.000 Personen seit 1990. Die  
348 Wohnungsfrage als soziale Frage stellt sich heute deshalb anders als vor Jahrzehnten.  
349 Vermietende und Mietende sind objektiv enger verbunden, denn hoher Leerstand gefährdet  
350 auch die kleinen Eigentümer\_innen, die sich bei der Modernisierung ihrer Häuser oft hoch  
351 verschuldeten.

352 Inzwischen dominiert ein weiteres Problem die Wohnungspolitik – die soziale Polarisierung.  
353 Auch in sächsischen Städten schreitet die Aufspaltung nach Einkommensgruppen in  
354 Quartieren voran. Die Regelungen zu den sogenannten Unterkunftskosten für Hartz-IV-  
355 Betroffene sowie die Kürzungen beim Wohngeld befördern diese Tendenz.

356 Sozialer Umbau in Städten und Dörfern heißt mehr denn je, sich auf Veränderungen  
357 einzustellen, die auf Grund des demografischen Wandels eintreten. Das verlangt mehr alten-  
358 und behindertengerechten Wohnraum. Für DIE LINKE ist es ein Grundanliegen, dass ältere  
359 und behinderte Menschen so lange als möglich in ihrem vertrauten Wohnumfeld  
360 selbstbestimmt leben können.

361 Eine Schande für ein reiches Land wie Deutschland ist das Problem der Obdach- bzw.  
362 Wohnungslosigkeit, insbesondere noch dazu, wenn davon Kinder betroffen sind. Die  
363 sächsische LINKE nimmt nicht hin, wenn die hiesige Landesregierung dieses Problem  
364 verdrängt und davon ausgeht, dass Wohnungsloseninitiativen vor Ort schon für Linderung  
365 sorgen werden. DIE LINKE fordert von der Staatsregierung, mehr Hilfsangebote für  
366 Wohnungslose mit Landesmitteln zu fördern und umgehend zu einer statistischen Erhebung  
367 von Wohnungslosigkeit zurückzukehren.

368 Die sächsische LINKE wird auch künftig alternative Wohnformen von jungen Menschen  
369 unterstützen, weil diese mit dazu beitragen können, die Abwanderung in andere Bundesländer  
370 zumindest teilweise einzudämmen.

371

#### 372 **Gesundheitliche Versorgung als Menschenrecht**

373 Für die sächsische LINKE bleibt es ein Grundsatz, dass allen Bürgerinnen und Bürgern,  
374 unabhängig von Alter, Einkommen und sozialer Stellung ein Gesundheitssystem zur  
375 Verfügung steht, das ihnen die notwendigen Leistungen zur Vermeidung, Linderung und  
376 Heilung von Krankheiten garantiert. Von den Verbesserungen bei medizinischen Geräten,  
377 Arzneimitteln sowie der Ausstattung von Gesundheitseinrichtungen konnten bisher leider  
378 nicht alle gleichermaßen profitieren, denn die so genannten Gesundheitsreformen der letzten  
379 Jahre haben den Prozess hin zur unsozialen Mehrklassenmedizin beschleunigt. Dafür stehen  
380 die Ausdünnung des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenkassen, die Praxisgebühr, die  
381 Einführung von Zusatzbeiträgen sowie die steigenden Zuzahlungen.

382 Hinzu kommt der zunehmende Ärztemangel, insbesondere in benachteiligten ländlichen  
383 Regionen, dem die sächsische Staatsregierung seit Jahren konzeptionslos begegnet. Um in  
384 Zukunft eine flächendeckende medizinische Versorgung in guter Qualität zu sichern, sind

385 mehr Ärzte sowie Pflegekräfte auszubilden. Es sind durch gezielte staatliche  
386 Förderprogramme bessere materielle und ideelle Voraussetzungen zu schaffen, damit es vor  
387 allem für junge Menschen attraktiver wird, einen Gesundheitsberuf zu ergreifen.  
388 Unternehmen, die Absolvent\_innen außerhalb der unmittelbaren medizinischen Versorgung  
389 einstellen, haben eine Ausbildungsabgabe zu entrichten. DIE LINKE unterstützt Maßnahmen  
390 zur Schaffung solcher Medizinischer Versorgungszentren (Polikliniken), die diesen Namen  
391 auch verdienen und setzt sich darüber hinaus für die Aufhebung der nach wie vor bestehenden  
392 Trennung von ambulanter und stationärer Betreuung ein. Vor allem in unterversorgten  
393 ländlichen Regionen sind Ärzte durch Modelle wie „Schwester Agnes“ zu entlasten sowie  
394 mobile Arztpraxen zu schaffen. Durch verbindliche landesgesetzliche Regelungen sind die  
395 Angebote für gesundheitliche Prävention, für die Erweiterung des Impfschutzes und den  
396 umfassenden Ausbau des gesundheitlichen Verbraucherschutzes zu treffen. Gleiches gilt für  
397 den Rettungsdienst.

398

### 399 **Gute Bildung für alle**

400 Es gibt kaum einen Bereich, der die Entwicklung der Menschen so nachhaltig prägt, wie  
401 Bildung. Deshalb sind für die sächsische LINKE Kindertagesstätten, Schulen in öffentlicher  
402 Trägerschaft, Hochschulen und weitere öffentlich geförderte Bildungseinrichtungen wie  
403 Volkshochschulen und Institutionen der kulturellen Bildung mehr denn je unverzichtbare  
404 Bestandteile sozialer Daseinsvorsorge. Bildung ist Voraussetzung für ein selbst bestimmtes  
405 Leben, für gesellschaftliche Teilhabe, für demokratische Mitwirkung und insgesamt für ein  
406 sozial gerechtes Zusammenleben. Jedoch umfasst Bildung aus der Sicht der LINKEN nicht  
407 nur Wissensvermittlung, sondern umfassende Persönlichkeitsentwicklung durch den Erwerb  
408 sozialer Kompetenzen und gesellschaftskritischen Bewusstseins. Die seit 1990 verfolgte  
409 sächsische Schulpolitik verhindert das von den LINKEN und vielen Eltern gewollte längere  
410 gemeinsame Lernen aller Kinder in einer Schule. Im Unterschied zu den süddeutschen  
411 Bundesländern, an denen sich der Freistaat bildungspolitisch gern orientiert, sind die  
412 sächsischen Hochschulen erheblich unterfinanziert, was u.a. prekäre Arbeitsverhältnisse für  
413 (Nachwuchs-)wissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler zur Folge hat.

414 Um der Bedeutung der Kindertagesstätten als Orte der frühkindlichen Bildung für alle,  
415 einschließlich der Kinder mit Beeinträchtigungen gerecht zu werden, müssen der  
416 Betreuungsschlüssel gesenkt und die Gruppen verkleinert werden. Voraussetzung dafür ist  
417 nicht zuletzt eine Erhöhung der Landespauschale, die die Kommunen für die Finanzierung der  
418 Kindertagesbetreuung erhalten. Den gesetzlich verbrieften Rechtsanspruch auf den Besuch  
419 einer Kindertagesstätte ab dem 1. Geburtstag will DIE LINKE durch dem Verzicht auf  
420 jegliche Zugangskriterien und die Bereitstellung von Ganztagsbetreuung für alle Eltern, die  
421 dies wünschen, umsetzen. Geboten ist eine Gleichsetzung in der tariflichen Einordnung der  
422 Erzieherinnen und Erzieher mindestens an das Lehramt an Grundschulen.

423 Dass der Freistaat gegenwärtig im Bundesvergleich der Lernergebnisse noch relativ gut  
424 abschneidet, ist in erster Linie dem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer, der  
425 Abschiebung von Kindern in Förderschulen für Lernbehinderte und dem vergleichsweise  
426 niedrigen Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu danken. Dies  
427 dürfte aber nicht so bleiben, wenn sich die Staatsregierung weiterhin moderneren Strukturen  
428 und Lehrinhalten verschließt und nicht bereit ist, dem zunehmenden Lehrkräftemangel durch

429 ausreichend viele Neueinstellungen zu begegnen. Der Grundsatz: Die Schule gehört zum  
430 Dorf, gilt in Sachsen schon lange nicht mehr. Zahlreiche staatliche Schulen wurden vor dem  
431 Hintergrund restriktiver Haushaltskürzungen geschlossen, so dass vor allem in  
432 großstädtischen Ballungszentren inzwischen Schulraumnotstand herrscht.

433 Gleichzeitig besucht im bundesweiten Vergleich der höchste Anteil von Kindern und  
434 Jugendlichen eine Förderschule, weil die Rahmenbedingungen für inklusives Lernen in  
435 Regelschulen mehr als unzureichend sind. Deshalb wird sich DIE LINKE. Sachsen für einen  
436 Weg von der Integration zur Inclusion in allen Bereichen von Bildung und Erziehung  
437 einsetzen. Gerade angesichts des demografischen Wandels geht es für DIE LINKE um die  
438 allseitige und beileibe nicht vorrangig den Anforderungen der Wirtschaft geschuldeten  
439 Förderung aller Kinder und Jugendlichen, auch derjenigen mit besonderem Bedarf aufgrund  
440 physischer und psychischer Beeinträchtigungen.

441 Für gute schulische Bildung ist in erster Linie das staatliche Schulwesen zuständig und darf  
442 nicht durch immer mehr Privatschulen ausgehebelt werden. Viele dieser Privatschulen sind  
443 doch erst auf Initiative vor Ort deshalb entstanden, weil vorher eine staatliche Schule  
444 geschlossen wurde. Wir sind nicht grundsätzlich für eine Verteufelung von Privatschulen,  
445 wenn sie allen Kindern, deren Eltern das wünschen, offen stehen und wenn das Lehrpersonal  
446 vergleichbar dem staatlichen Schulsektor entlohnt wird.

447 Die steigenden Kosten des Studiums grenzen immer mehr Jugendliche aus ärmeren  
448 Bevölkerungsschichten aus. DIE LINKE spricht sich für eine gleichberechtigte Förderung für  
449 alle Ausbildungswilligen aus. Sie lehnt jegliche direkte oder indirekte Ausbildungs- und  
450 Studiengebühren ab, tritt für den Erhalt von Volkshochschulen und den Zugang aller  
451 Generationen zu höherer Bildung und Weiterbildung ein. Verbessert werden müssen die  
452 Bedingungen, damit Frauen und Mädchen Bildungsmöglichkeiten auf allen Ebenen nutzen  
453 können. Getreu dem Motto „Bildung statt Beton“ muss im gesamten sächsischen  
454 Bildungsbereich wesentlich mehr investiert werden.

455 Wichtig ist uns, dass die Eltern, die Schülerinnen und Schüler sowie die Studierenden  
456 weitgehende Mitspracherechte im Bildungsbereich wahrnehmen können. DIE LINKE setzt  
457 sich dafür ein, dass das BAföG zu einer einheitlichen Studien- und Ausbildungsförderung für  
458 alle Studierenden und schulisch Auszubildenden ohne Rückzahlungspflicht und unabhängig  
459 von der Einkommens- und Vermögenssituation der Eltern ausgebaut wird.

460

#### 461 **Teilhabe am kulturellen Leben**

462 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Sachsen ein Land mit einem vielfältigen und  
463 traditionsreichen kulturellen Leben bleibt. Sowohl Einrichtungen der Hochkultur als auch der  
464 Soziokultur können wesentlich dazu beitragen, dass die Anziehungskraft des Freistaates  
465 zunimmt. Für DIE LINKE steht Kultur nicht losgelöst von anderen gesellschaftlichen  
466 Bereichen, sondern ist immanenter Bestandteil sozialer Funktionalität unseres Gemeinwesens.  
467 Kulturelle Vielfalt ist kein Luxus, den wir uns entweder leisten oder wegen finanzieller  
468 Zwänge versagen könnten. Öffentliche Kulturförderung muss die gesamte Breite  
469 künstlerischer und kultureller Tätigkeit einschließen. Selbstverständlich bleiben die drei  
470 großstädtischen Ballungszentren mit ihren weit über die Landesgrenzen hinaus bekannten  
471 Einrichtungen von besonderer Bedeutung für das kulturelle Leben in Sachsen; aber dies darf  
472 nicht zur weiteren Vernachlässigung anderer sächsischer Regionen führen. Für DIE LINKE

473 haben Kunst und Kultur auch deshalb eine erhebliche soziale Komponente, weil sie für alle  
474 sozialen Schichten zugänglich und bezahlbar sein müssen. Das schließt die Möglichkeit zu  
475 aktiver kultureller Betätigung ein, die keinesfalls nur denen vorbehalten sein darf, die sich  
476 dies finanziell leisten können.

477

#### 478 **Sportliche Betätigung allen ermöglichen**

479 Für DIE LINKE ist Sport ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Er fördert  
480 soziale Kontakte und kann Menschen unterschiedlichen Glaubens, unterschiedlicher Herkunft  
481 und unterschiedlichen Alters zusammenführen. Eine angemessene sportliche Betätigung  
482 bedeutet für viele Menschen gesundheitliche Vorsorge sowie sinnvolle und anregende  
483 Freizeitgestaltung. Ziel muss es sein, unabhängig von Einkommen sportliche  
484 Betätigungsmöglichkeiten für alle zu schaffen bzw. zu erhalten. Insbesondere für Kinder und  
485 Jugendliche aus Familien mit niedrigem Einkommen muss die Betätigung in Sportvereinen  
486 erleichtert werden; das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes und das sächsische „Komm  
487 in den Sportverein“-Projekt erweisen sich dabei als völlig unzureichend. Sachsen braucht  
488 endlich ein Sportförderungsgesetz.

489 Ein ganzes Bündel von Widersprüchen kennzeichnet allerdings die derzeitige Situation.  
490 Einerseits finden in einigen sächsischen Städten immer mehr hochkarätige  
491 Sportveranstaltungen statt, sind neue und moderne Sportstätten entstanden. Andererseits sind  
492 viele vorhandene Sportanlagen marode und teilweise nicht mehr nutzbar. Die Vereine und die  
493 Kommunen können die notwendigen Investitionen nicht allein aufbringen. Die dafür vom  
494 Freistaat bereit gestellten finanziellen Mittel reichen aber bei weitem nicht aus, um den  
495 Modernisierungstau spürbar zu verringern.

496

#### 497 **5. Für Selbstbestimmung und Gleichstellung**

498

#### 499 **Die Geschlechtergerechtigkeit bleibt für die sächsische LINKE grundsätzliches** 500 **politisches Anliegen**

501 Nach wie vor bestehen in allen Lebensbereichen erhebliche Benachteiligungen von Frauen  
502 gegenüber Männern. Von wirklicher sozialer Gleichheit zwischen den Geschlechtern kann in  
503 Sachsen überhaupt keine Rede sein. Besonders Frauen sind überdurchschnittlich von  
504 Langzeiterwerbslosigkeit und prekärer Beschäftigung wie Minijobs betroffen. Selbst in der  
505 öffentlichen Verwaltung des Freistaates sind Frauen in Spitzenpositionen deutlich  
506 unterrepräsentiert. Dieser unbefriedigende Zustand, der letztlich Ausdruck überkommener  
507 patriarchalischer Strukturen ist, führt nicht nur zur Benachteiligung von Frauen, sondern zu  
508 deren Ausgrenzung von gesellschaftlichen Entscheidungen. Deshalb sind dringend  
509 Voraussetzungen zu schaffen, dass bei allen politischen Entscheidungen dem  
510 Gleichstellungsanspruch Rechnung getragen und das Prinzip des „Gender-Mainstreaming“ als  
511 Leitprinzip zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen Anwendung  
512 findet. Darüber hinaus muss gezielte Frauenförderung aus Sicht der LINKEN zur Pflicht in

513 allen öffentlichen Einrichtungen und zumindest solchen Unternehmen werden, die  
514 Fördermittel oder öffentliche Aufträge erhalten.  
515 Zudem sind Frauenprojekte wesentlich stärker zu fördern, anstatt die Zuwendungen, wie bei  
516 den letzten Landeshaushalten geschehen, zu kürzen oder gar ganz einzustellen. Sachsen ist  
517 inzwischen das Bundesland mit der vergleichbar geringsten Förderquote für  
518 Gleichstellungsprojekte und überdies mit der niedrigsten ministeriellen Anbindung des  
519 Gleichstellungsressorts.  
520 Nötig ist ein verändertes Rollenverständnis. Zentral ist dabei eine grundlegende Umverteilung  
521 der Tätigkeiten zwischen Männern und Frauen; es müssen weitaus mehr Spitzenpositionen  
522 von Männer- in Frauenhände übergehen. Im Gegenzug muss mehr Familienarbeit von den  
523 Frauen zu den Männern wechseln. Kürzere Erwerbsarbeitszeiten als gesellschaftlicher  
524 Standard für Männer und Frauen gleichermaßen, ein flächendeckendes Netz von  
525 Kinderbetreuungseinrichtungen, Elterngeldregelungen, die die gleichberechtigte Übernahme  
526 von Erziehungsarbeit finanziell belohnen, statt wie heute zu bestrafen, gesicherte  
527 Wiedereinstiegsmöglichkeiten nach Kindererziehungsjahren sind dafür notwendige  
528 Maßnahmen. Eine wichtige Aufgabe ist die gesellschaftliche Ächtung von Gewalt,  
529 insbesondere an Frauen und Kindern. Bedarfsgerechte Angebote zur Gewaltprävention und  
530 Nachsorge für von Gewalt Betroffene sind landesweit umfassend zu fördern. Die Existenz der  
531 Frauen- und Kinderschutzhäuser ist durch eine Regelfinanzierung zu sichern.

532

### 533 **Perspektiven für Kinder und Jugendliche**

534 DIE LINKE setzt sich verstärkt dafür ein, die Lebens- und Entwicklungsbedingungen für  
535 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene so zu verbessern, damit sie in Sachsen eine gute  
536 Perspektive haben. Eine Kindergrundsicherung, für die DIE LINKE sich einsetzt, hilft  
537 Kinderarmut abzubauen. Darüber hinaus bedarf es gerechter Teilhabemöglichkeiten in allen  
538 Sozial- und Bildungsräumen. Junge Menschen benötigen verlässliche Unterstützungssysteme  
539 und vielfältige Gelegenheiten an außerschulischer Bildung, um die Herausforderungen einer  
540 modernen Gesellschaft bewältigen zu können. Ein stabiles Netz an pädagogisch betreuten  
541 Kinder- und Jugendhäusern, an mobiler Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und professioneller  
542 Begleitung ehrenamtlicher Jugendinitiativen ist eine wesentliche Voraussetzung für  
543 gesellschaftliche Teilhabe sowie soziales und demokratisches Miteinander.

544 Die ohnehin viel zu niedrige Landesförderung für Jugendverbände und Vereine darf nicht  
545 durch eine Praxis der Bevormundung und ideologisch ausgerichteten konservativen  
546 Denkmustern weiter beschnitten werden. Die Herausbildung demokratischen Bewusstseins in  
547 allen sozialen Milieus setzt positive Erfahrungen gelungener Beteiligung voraus. Eine  
548 wesentliche Rolle spielen dabei Jugendverbände, Sportvereine und Kultureinrichtungen, in  
549 denen demokratisches Miteinander erlebt und eingeübt werden kann. Deshalb bedürfen diese  
550 Einrichtungen sowie Beteiligungsprojekte für junge Menschen einer besonderen Förderung.

551

### 552 **Würdevolles Leben für ältere Menschen**

553 Der sächsischen LINKEN geht es darum, älteren Menschen vielfältigere Möglichkeiten der  
554 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und einer selbstbestimmten Lebensführung zu sichern.  
555 Die ältere Generation hat angesichts ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung in Sachsen nicht  
556 den Stellenwert, der ihr eigentlich zukäme. Bereits heute haben wir Altersarmut, die schon in

557 absehbarer Zeit beträchtlich ansteigen wird. Nicht zuletzt wegen der Verdienste der älteren  
558 Generation verwahren wir uns gegen das neoliberale Klischee, wonach die Älteren  
559 zunehmend auf Kosten der Jungen leben und daher Generationenkonflikte verursachen  
560 würden. Damit wird bewusst vernebelt, dass die Trennlinie auch in Sachsen nicht zwischen  
561 jung und alt, sondern zwischen arm und reich verläuft.

562 DIE LINKE ist für einen solidarischen Ausgleich zwischen den Generationen. Sie setzt sich  
563 bei der Rente gleichermaßen für Lebensstandardsicherung und Schutz vor Altersarmut ein.  
564 Der Anspruch der sächsischen LINKEN besteht darin, älteren Menschen so lange als möglich  
565 ein Leben im vertrauten Wohnumfeld zu ermöglichen. Neben entsprechenden Wohnformen  
566 muss der gesamte Betreuungs- und Pflegesektor einen wesentlich höheren gesellschaftlichen  
567 Stellenwert erhalten. Das ist freilich mit höheren Kosten verbunden, denen wir uns stellen  
568 müssen. So wird die Zahl derer, die pflegedürftig sind, beträchtlich anwachsen, weshalb mehr  
569 fachlich hoch qualifiziertes Personal, das besser entlohnt werden muss, benötigt wird. Dieser  
570 Prozess darf nicht dem Selbstlauf überlassen werden, sondern muss von der Landesebene  
571 durch eine fundierte Bedarfsplanung begleitet und angemessen finanziell gefördert werden.  
572 Generell brauchen wir in unserer Gesellschaft ein Umdenken in Bezug auf die Rolle älterer  
573 Menschen, die viel länger als noch vor Jahrzehnten kreativ tätig sein können und wollen.  
574 Daher möchten wir ältere Menschen ermutigen, ihre Rechte offensiver einzufordern und an  
575 Entscheidungsprozessen aktiv teil zu nehmen. Um dafür bessere Rahmenbedingungen zu  
576 schaffen, wird sich die sächsische LINKE für ein Seniorenmitwirkungsgesetz stark machen  
577 und für die Bildung von Seniorenvertretungen auf allen Ebenen eintreten.

578

### 579 **Behindertenpolitik ist Menschenrechtspolitik**

580 Menschen mit geistigen, körperlichen, seelischen und/oder Sinnesbeeinträchtigung haben  
581 dieselben Rechte wie Menschen ohne Beeinträchtigungen. Die sächsische LINKE wird daher  
582 auch künftig dazu beitragen, diesen Menschen eine weitgehend selbstbestimmte  
583 Lebensführung zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird sie sich dafür einsetzen,  
584 dass Arbeits-, Wohn- und Umweltbedingungen geschaffen werden, die den Bedürfnissen der  
585 Menschen mit Beeinträchtigungen entsprechen.

586 Bildungseinrichtungen, Arbeitsstätten und deren Umfeld, Wohnungen und Wohnumgebung,  
587 Freizeitmöglichkeiten, öffentliche Verkehrsmittel und Verkehrsräume,  
588 Gebrauchsgegenstände, Kommunikationssysteme, die Umwelt und schließlich die  
589 Geschäftsstellen und Veranstaltungen der sächsischen LINKEN selbst müssen barrierefrei  
590 zugänglich gemacht werden. Denn erst Barrierefreiheit ermöglicht die Teilnahme von allen,  
591 die es wünschen.

592 DIE LINKE wird sich für gesetzliche Rahmenbedingungen auf Landesebene einsetzen, mit  
593 denen das von den Vereinten Nationen beschlossene und von Deutschland ratifizierte  
594 Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BRK) schnellstmöglich  
595 umgesetzt wird. DIE LINKE wird hierzu Initiativen zur Bewusstseinsbildung, zu Bildung und  
596 lebenslangem Lernen, zum Leben in der Gemeinschaft, zu Mobilität und Verkehr, zu  
597 barrierefreier Kommunikation und Information, zu Kultur, Freizeit und Sport sowie Arbeit  
598 und Beschäftigung unterstützen oder selbst ergreifen. Besonders naheliegend ist es zunächst,  
599 dass in Sachsen die finanziellen Eingliederungshilfen für Menschen mit Beeinträchtigungen,  
600 die gegenwärtig die niedrigsten in ganz Deutschland sind, erheblich aufgestockt werden.

**601 Gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten**

602 Migrantinnen und Migranten sind für DIE LINKE eine Personengruppe in Sachsen, für die  
603 wesentlich mehr getan werden muss. Über lange Zeit war Sachsen ein weltoffenes Land, das  
604 seinen Aufstieg zu einem Zentrum von Industrie, Wissenschaft und Kultur nicht zuletzt vielen  
605 Menschen aus anderen Ländern zu verdanken hatte. An diese Traditionen gilt es anzuknüpfen.  
606 Gegenwärtig leben in Sachsen im Vergleich zu westdeutschen Bundesländern relativ wenige  
607 Migrantinnen und Migranten. Dennoch ist Sachsen für eine rigide Ausländerpolitik bekannt.  
608 So gibt es keine Landesförderung für Sozialarbeit mit Migrantinnen und Migranten.  
609 Unterstützende Angebote sind nur für einen begrenzten Teil vorgesehen. Sachsen ist das  
610 einzige Bundesland ohne ein Integrationskonzept und zugleich das Bundesland mit der  
611 niedrigsten Einbürgerungsquote. Im Bundesvergleich gibt es im Freistaat die wenigsten  
612 Ausländerbeiräte. Viele Migrantinnen und Migranten erhalten eine schlechtere medizinische  
613 Betreuung, haben geringere oder teilweise überhaupt keine Chancen auf Erwerbstätigkeit und  
614 sind in ihren Bildungschancen benachteiligt. Neben konkreten und speziell auf die jeweiligen  
615 Personengruppen abgestimmten Fördermaßnahmen geht es bei Mitwirkung aller  
616 demokratischen Kräfte vor allem darum, eine positive Öffentlichkeit, die darauf hinwirkt, hier  
617 Ankommende als eine Bereicherung anzuerkennen und nicht vordergründig als Kostenfaktor  
618 zu betrachten. So ist das Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen, weil es Betroffene  
619 diskriminiert und nicht einmal Leistungen auf Sozialhilfeniveau gewährt.